



mobim-analysen, 07/2013

Hintergrundinformationen und Recherchen der Mobilen Beratung
im Regierungsbezirk Münster. Gegen Rechtsextremismus, für Demokratie

„Dieses Ergebnis ist noch lange nicht die ‚Machtübernahme‘“

Abschneiden extrem rechter Parteien bei der Bundestagswahl am 22.09.2013 im Regierungsbezirk Münster

I. Allgemeine Beobachtungen

In seiner Wahlanalyse bleibt **Claus Cremer**, Landesvorsitzender der extrem rechten *NPD*, auf den ersten Blick realistisch: Das Ergebnis sei noch lange nicht die „Machtübernahme“.¹ In diesem Punkt ist **Cremer** durchaus zuzustimmen: Auch bei der Bundestagswahl bleiben die extrem rechten Parteien weitestgehend hinter den eigenen Erwartungen zurück, keine der vier Parteien *NPD*, *pro Deutschland*, *Die Rechte* und *Republikaner* kann auch nur annähernd an die Fünf-Prozent-Hürde heranreichen. Trotzdem zeigt sich **Cremer** „zufrieden“: der „Hype um die Protestkanalisationspartei AfD und die andauernden Diffamierungen der NPD in Bezug auf das NSU-Terror-Märchen“ sowie das „Verbotsgerede“ hätten den Wahlkampf erschwert, dieser sei „intensiv“ und „anstrengend“ gewesen.²

Die *NPD* erreichte – in eigener Sicht also trotz der widrigen Umstände – landesweit 1 % der Erst- und Zweitstimmen, womit das Ergebnis knapp gehalten beziehungsweise bei den Erststimmen um 0,2 % zurück gegangen ist. Bei der letzten Landtagswahl erreichte die Partei allerdings in NRW nur 0,5 % der Stimmen. Das ausgegebene Ziel, als „nationale Gegenbewegung“ bei der Bundestagswahl 2013 „den Grundstein für den Einzug der *NPD* ins europäische Parlament 2014“³ zu legen, darf mit diesem Ergebnis allerdings als komplett gescheitert angesehen werden.

Noch krachender dürfte die Niederlage bei den im Wahlkampf als absurd-groteske Reisegruppe auftretenden VertreterInnen von *pro Deutschland* empfunden werden. Trotz einer umfangreichen Wahlkampftour mit über 20 Auftritten in ganz NRW konnte die Partei nur 0,2 % der Stimmen auf sich vereinen. Direktkandida-

Innen waren erst gar nicht aufgestellt worden. Der Wahlkampf war trotz der nur punktuellen Präsenz durch provokative Aktionen offenbar eine große Herausforderung für die kleine Partei. So heißt es in einem ersten Fazit des Vorsitzenden **Manfred Rouhs**: „Finanziell wirft er uns zwar zunächst zurück, ruiniert uns aber nicht. Wir bleiben handlungsfähig!“⁴

Die *Republikaner* fielen im Wahlkampf allein durch die vereinzelte Hängung eines Plakats im Rahmen ihrer selbst als „Arschkampagne“ bezeichneten Wahlkampfstrategie auf. Sie sind in NRW aber nach diversen Übertritten in Richtung *pro NRW* kaum mehr handlungsfähig. So erreichte die Partei auch nur 0,1 % der Zweitstimmen (2009: 0,3 %) und unter 0,1 % der Erststimmen. DirektkandidatInnen konnte die Partei lediglich in den Wahlkreisen Düsseldorf I und II sowie Aachen II aufstellen.

Eine besondere Rolle spielte die Partei *Die Rechte*, die als Sammelbecken der Mitglieder der im August 2013 durch das NRW-Innenministerium verbotenen Kame-radschaften nur in NRW mit einer Landesliste wählbar war. Mit 0,024 % (2.288 Stimmen) schnitt die Partei jedoch noch deutlich schlechter ab, als ihre KonkurrentInnen im extrem rechten Lager. Selbst in ihrer „Hochburg“ Dortmund kam die Partei nur auf insgesamt 178 Stimmen (0,085 %).

Mobilisierungsprobleme und Wahlkampf auf Sparflamme

Die desaströsen Ergebnisse der extrem rechten Parteien bei der Bundestagswahl in NRW spiegeln nicht zuletzt die Probleme von *NPD*, *pro Deutschland* und *Republikanern* im Wahlkampf wieder. Letztgenannte konnten über das Hängen von Plakaten, im Regierungsbezirk vor allem im Kreis Recklinghausen, hinaus keine Akzente setzen. Die Abwanderungstendenzen in Richtung *pro NRW* und die damit verbundenen Personalproble-

¹ NPD NRW online vom 23.09.2013, abgerufen am 10.10.2013.

² Ebd.

³ NPD NRW online vom 06.05.2013, abgerufen am 10.10.2013.

⁴ Pro Deutschland online vom 23.09.2013, abgerufen am 10.10.2013.

me sowie der Streit um den Wahltritt zur Landtagswahl mit der Bundespartei machten es den *Republikanern* schwer, in der Fläche Präsenz zu zeigen.

Auch die *NPD* leidet nach wie vor – abgesehen von einigen regionalen Schwerpunkten in den Kommunen, wo es etwa durch VertreterInnen im Stadtrat (z.B. in Essen oder in Wuppertal) zumindest Ansätze einer lokalen Verankerung gibt – an der dünnen Personaldecke. Zudem plagen die Partei immer noch Finanzsorgen, die bis zur Bundespartei die Kampagnenfähigkeit einschränken.

Pro Deutschland hingegen kämpft vor allem mit Problemen im „eigenen Lager“: in NRW musste die Partei gegen den Unmut der mittlerweile auf niedrigem Niveau etablierten extrem rechten Partei *pro NRW* und damit ohne vor-Ort-Unterstützung ihre Wahlkampftour durchführen. Bei den teilweise bizarr wirkenden Kundgebungen inszenierte sich ein kleiner Zirkel von in der Regel nicht mehr als neun Personen, die eher den Eindruck einer Politsekte als einer ernsthaften Partei machten. Hinzu kommen auch hier fehlende finanzielle Mittel und damit der komplette Verzicht auf Plakate, Flugblätter oder andere konventionelle Werbemittel.

Alter Wein in alten Schläuchen: Wahlkampf durch Provokation

Gerade vor diesem Hintergrund erklärt sich die besonders für die *NPD* und *pro Deutschland* geltende Beobachtung, dass die Wahlkampfstrategie vor allem durch den Willen zur Provokation mittels rassistischer Zuspitzungen, der Instrumentalisierung regionaler Konflikte oder der plumpen medialen Inszenierung als Opfer „linker Meinungsdictatur“ geprägt war. *Pro Deutschland* hat – wie die nordrhein-westfälischen VertreterInnen der selbsternannten *Pro-Bewegung* es anlässlich der Landtagswahl 2012 mit einer „Freiheit statt Islam“ betitelten Tour vorgemacht hatten – versucht, mit wenig Aufwand vor allem mediale Aufmerksamkeit hervorzurufen. Die Wahlkampftour führte die in erster Linie aus Berlin angereisten Kader der Partei vor allem vor linksalternative (Jugend-)Zentren und Moscheen in verschiedenen Städten NRWs, wo mit Parolen wie „Extremisten abschieben“, „Mehr Bildung, weniger Zuwanderung“ oder „Sozialismus ist Bolschewismus“ in der Regel die anwesenden GegendemonstrantInnen mit Beschimpfungen und Häme bedacht wurden. Im Mittelpunkt standen weniger die ohnehin dürftigen bundespolitischen Positionen der Partei als vielmehr

die Selbstinszenierung als KämpferInnen gegen die „etablierte Zuwanderungspolitik“ und „militante Links-extremisten“⁵. Zu den von der Partei vermutlich erhofften medienwirksamen Ausschreitungen von GegendemonstrantInnen kam es im Gegensatz zur Tour von *pro NRW* 2012 allerdings nicht.

Die *NPD* versuchte neben ihrer als „Deutschlandfahrt“ bezeichneten Kundgebungstour vor allem durch die Stärkung ihres „Markenkerns“ zu punkten. Die Plakate zur Bundestagswahl fokussierten rassistische Zuschreibungen („Kriminalität bekämpfen, Grenzen sichern!“, „Sicher leben: Asylflut stoppen“), islamfeindliche („Maria statt Scharia“) und antiziganistische („Geld für die Oma statt für Sinti und Roma“) Motive sowie vorgeblich soziale Themen und Fragen („Energieabzocke stoppen“, „D-Mark statt Euro-Pleite“), die völkisch-nationalistisch gedeutet beziehungsweise beantwortet werden. Auch für die *NPD* stand die Provokation im Mittelpunkt des Wahlkampfes – nicht zuletzt als Versuch, aus der Not eine Tugend zu machen.

AfD als „Protestpartei“ für enttäuschte WählerInnen der extremen Rechten?

Für die auch von den extrem rechten Parteien nicht schön zu redenden Wahlergebnisse machen die VertreterInnen – neben der angeblichen „Schweigespirale“ der Medien und den als Schikane empfundenen Auflagen der Behörden – durchgehend auch das erfolgreiche Abschneiden der noch jungen Partei *Alternative für Deutschland* (AfD) verantwortlich. So schreibt **Manfred Rouhs**, Vorsitzender von *pro Deutschland*, in seiner kurzen Wahlachse auf der Homepage der Partei schon am Tag nach der Wahl: „Offenbar hat die Partei Alternative für Deutschland (AfD) das gesamte derzeit mobilisierbare freiheitliche Wählerpotential aufgesogen. [...] Die AfD gab es noch nicht, als wir [...] die Teilnahme an der Bundestagswahl beschlossen haben. Unsere Entscheidung fiel also unter völlig anderen Voraussetzungen als denen, die wir am Wahltag vorgefunden haben.“⁶ Auch **Claus Cremer**, NRW-Landesvorsitzender der *NPD*, verweist in seiner „Ersten Stellungnahme“ auf Dinge, die „kritisch beleuchtet und hinterfragt werden müssen.“ Zu nennen sei hier „die Protestwählerwanderung hin zur AfD [...], die mit einem Thema punktete, welches wir schon seit Jahren

⁵ Pro Deutschland online, abgerufen am 11.10.2013.

⁶ Pro Deutschland online vom 23.09.2013, abgerufen am 11.10.2013.

vor uns her tragen.“⁷ Ähnlich sehen sich die *Republikaner* förmlich bestohlen, hat doch laut dem Bundesvorsitzenden **Rolf Schlierer** die „neue Partei Alternative für Deutschland [...] zahlreiche, zum Teil schon lange vertretene Positionen der Republikaner medienwirksam übernommen und damit Wähler mobilisieren und von den Republikanern abziehen können.“⁸ Selbst **Christian Worch**, der Gründer der Partei *Die Rechte* auf Bundesebene, kommt um eine Anerkennung nicht umhin: Der Wahlantritt der AfD sei seit dem knapp gescheiterten Einzug der NPD in den Bundestag 1969 „der einzige ernstzunehmende Versuch, das Parteienkartell der durch die Fünf-Prozent-Hürde geschützten Bundestagsparteien von rechts [...] aufzubrechen.“⁹ Aber auch aus einem anderen Grund scheint die AfD für *Die Rechte* erwähnenswert: „Die AfD ist ein klein wenig störend, weil sie unsere Chancen, bei der nächsten Europa-Wahl mit 0,5 Prozent in die Wahlkampfkostenerstattung [...] zu kommen, von gering auf null reduziert.“¹⁰

Warum es den genannten Parteien nicht gelungen ist, das unterstellte WählerInnenpotential im Gegensatz zur AfD nicht abzurufen, wird freilich nicht weiter diskutiert.¹¹

II. Die NPD im Regierungsbezirk Münster

a) Ausgangslage

Die NPD verfügt im Regierungsbezirk lediglich über zwei aktive Kreisverbände (in Münster und im Kreis Steinfurt), die seit Ende 2008 jedoch nur sporadisch öffentlich in Erscheinung treten. Der stetige Niedergang der NPD auf Landesebene zeigt sich daher wie unter einem Brennglas auch im Münsterland und im nördlichen Ruhrgebiet. Ein zentrales Problem der „Nationaldemokraten“ in der Region besteht in deren dünner Personaldecke. Als maßgebliche Protagonisten der NPD im Münsterland firmieren die Zwillingbrüder Markus und Matthias Pohl. Beide nehmen zugleich

Aufgaben im Landesvorstand der NPD wahr. So ist **Markus Pohl** für die Arbeitsbereiche „Neue Medien/ Öffentlichkeitsarbeit“ zuständig. **Matthias Pohl** fungiert als „Beisitzer“ im Landesvorstand

Die wahrnehmbare Präsenz der NPD ist im Münsterland in den vergangenen Jahren kontinuierlich zurückgegangen. Vor allem in den Jahren 2005-2008 hatte die Partei besonders im Kreis Steinfurt unter Führung der Pohl-Brüder rege Aktivitäten entfaltet. Als mittelfristiges strategisches Ziel galt der Einzug der NPD in den Steinfurter Kreistag bei den Kommunalwahlen 2009. Mit zahlreichen Flugblattaktionen, Infoständen und so genannten „Mahnwachen“ an verschiedenen Orten im Kreisgebiet versuchte die Partei AnhängerInnen und SympathisantInnen zu werben.

Nennenswerte Erfolge konnte sie dabei gleichwohl nicht verzeichnen. Neben den Bemühungen, sich in den Fußgängerzonen gewissermaßen als „seriöse“ Rechtsaußen-Partei zu präsentieren, machte die NPD aber auch mit Störaktionen bei anderen politischen Veranstaltungen auf sich aufmerksam. Die Aktivitäten der NPD gingen seit Herbst 2008 deutlich zurück. Auch zur Kommunalwahl trat die Partei überraschender Weise nicht an. Zu vermuten ist, dass die Affäre um **Erwin Kemna**, den in Ladbergen ansässigen langjährigen Schatzmeister der Bundes-NPD, der mehrere hunderttausend Euro an Parteigeldern veruntreut hatte und hierfür vom Landgericht Münster zu einer Haftstrafe von zwei Jahren und acht Monaten verurteilt worden war, unter den Mitgliedern des Kreisverbandes für erhebliche Verunsicherung und Frustrationen sorgte.¹² Zudem engten zahlreiche Aktivitäten zivilgesellschaftlicher Initiativen die Handlungsräume der NPD in der Region ein.

Bei der Bundestagswahl 2009 blieb der Stimmenanteil der NPD in den Wahlkreisen des Münsterlandes durchgängig unter einem Prozent.

Erst anlässlich der Landtagswahl 2010 entfalteten die „Nationaldemokraten“ erneute Aktivitäten, die sich jedoch weiterhin ausschließlich auf Münster und den Kreis Steinfurt beschränkten, wo die Partei nach eigenen Angaben kleinere Infostände und Lautsprecherwagenfahrten durchführte. Vereinzelt sollen auch „Schul-

⁷ NPD-NRW online vom 23.09.2013, abgerufen am 11.10.2013.

⁸ Die Republikaner online vom 23.09.2013, abgerufen am 11.10.2013.

⁹ Die Rechte online vom 23.09.2013, abgerufen am 11.10.2013.

¹⁰ Ebd.

¹¹ Zur Einschätzung der Partei Alternative für Deutschland vgl. Heinrich Böll Stiftung NRW (Hg.): „Die Alternative für Deutschland“ – eine neue rechtspopulistischer Partei? Materialien und Deutungen zur vertieften Auseinandersetzung, 2013. Online unter http://www.boell-nrw.de/downloads/AFD_Studie_FORENA_HBS_NRW.pdf

¹² Vgl. mobim-Analysen 4/2010; ein weiteres Verfahren, in dem sich Kemna wegen fehlerhafter Rechenschaftsberichte der NPD in den Jahren 2002-2006 verantworten musste, wurde vom Landgericht Münster im Februar 2013 eingestellt, vgl. Westfälische Nachrichten vom 05.02.2013.

hof-CDs“, Propaganda-USB-Sticks und weitere Werbematerialien verteilt worden sein.¹³

Nach der Landtagswahl, bei der die *NPD* in den Wahlkreisen des Regierungsbezirks wiederum durchgängig unter einem Prozent blieb, verschwand die Partei wieder in der Versenkung. Im Oktober 2011 beteiligte sich der Kreisverband Steinfurt an dem bundesweiten *NPD*-Aktionstag „Raus aus dem Euro!“. In Greven verteilten *NPD*-Mitglieder entsprechende Flugblätter, allerdings ohne größere Resonanz.

Die Wahrnehmbarkeit der *NPD* ging in den Jahren 2009-2012 gegenüber den Aktivitäten der neonazistischen „Freien Kräfte“, die in der Region als kleine, aber gut vernetzte Gruppen in Erscheinung traten, deutlich zurück. Zu den *Nationalen Sozialisten Münster*, die nach eigenen Angaben noch im Jahr 2010 durch das Verteilen von *NPD*-Flugblättern den Wahlkampf der „Nationaldemokraten“ unterstützt hatten, hielt die Partei zumindest nach außen hin Distanz. Sie beteiligte sich auch nicht an der Demonstration am 3. März 2012 in Münster, an der über 300 Neonazis, fast ausschließlich aus dem Spektrum der „Freien Kameradschaften“ bzw. der „Autonomen Nationalisten“, teilnahmen. Für den folgenden Tag kündigte der Kreisverband Steinfurt indessen einen „Schulungsnachmittag“ im Raum Greven an, über dessen tatsächlichen Verlauf allerdings nichts bekannt geworden ist. Lediglich mit einer Kundgebung im Juli 2012 mit höchstens 15 TeilnehmerInnen am Hinterausgang des Hauptbahnhofs in Münster konnte die Partei auf sich aufmerksam machen. Organisiert war die Veranstaltung, gegen die rund 850 Menschen lautstark protestierten allerdings nicht von den regionalen *NPD*-Strukturen, sondern von der Bundespartei im Rahmen der „Deutschlandfahrt“ des so genannten *NPD*-„Flagschiffs“ – ein mit einschlägigen Parolen beklebter LKW, der im Juli und August 2012 zahlreiche Städte und Gemeinden ansteuerte.

Insofern erscheint es wenig verwunderlich, dass die *NPD* auch im Landtagswahlkampf 2012 kaum wahrnehmbare Akzente setzen konnte und über vereinzelte Plakatier- und Flugblattaktionen nicht hinauskam. Ihr „bestes“ Ergebnis im Regierungsbezirk Münster erzielte die Partei am 12. Mai 2012 mit 0,8 % im Wahlkreis Gelsenkirchen II (Landesdurchschnitt: 0,5 %). In Münster fuhr die *NPD* mit 0,2 % eines ihrer landesweit schlechtesten Ergebnisse ein.¹⁴

b) Der Bundestagswahlkampf

Der organisatorische Niedergang der *NPD* im Regierungsbezirk Münster zeigte sich nicht zuletzt während des Bundestagswahlkampfes 2013.

Lediglich in vier Wahlkreisen gelang es der Partei Direktkandidaten aufzustellen: Im Wahlkreis Steinfurt III (**Matthias Pohl**), Gelsenkirchen (**Dennis Blömer**), Warendorf (**Peter Hilpert**, eigentlich wohnhaft und aktiv in Hagen) und im Wahlkreis Recklinghausen II (**Heike Höfer** aus Dresden). Wahlkampfaktivitäten der Partei waren jedoch kaum feststellbar. Sporadisch wurden im Kreis Steinfurt, im Kreis Warendorf und im nördlichen Ruhrgebiet Wahlplakate der *NPD* aufgehängt. Vereinzelte Plakatieraktionen gab es auch im Kreis Borken. In Münster-Angelmodde wurden Wahlplakate der *CDU* mit *NPD*-Aufklebern verunstaltet. Der Ortsverband der Union erstattete daraufhin Strafanzeige gegen die unbekannten TäterInnen.¹⁵

Mit eigenständigen Kundgebungen trat die Partei nicht in Erscheinung. Anfang August will der *NPD*-Kreisverband Steinfurt eigenen Angaben zufolge eine „Flugblattverteilaktion“ durchgeführt haben. Auf den Internetseiten des Kreisverbandes wurde zudem auf ein beim Bundesverband bestellbares „Nachbarschaftspaket“ hingewiesen, mit dem AnhängerInnen der *NPD* in ihrem persönlichen Umfeld für die Partei werben könnten. Davon abgesehen beschränkte sich der „Wahlkampf“ der *NPD* im Münsterland auf die Veröffentlichung einiger weniger Pressemitteilungen der Landes- und Bundes-*NPD* auf ihren Internetseiten.

Größere Beachtung fand indessen eine wie schon im Jahr zuvor von der Bundespartei organisierte „Deutschlandfahrt“. Im August und September 2013 tourte unter dem Motto „Asylflut und Europawahn stoppen“ erneut das „*NPD*-Flagschiff“ quer durch die Bundesrepublik, um an knapp 100 Orten jeweils 90-minütige Kundgebungen durchzuführen, bei denen u.a. auch der *NPD*-Bundesvorsitzende **Holger Apfel** sprechen sollte.¹⁶ In NRW waren 16 Veranstaltungen vorgesehen. Im Regierungsbezirk Münster machte der „Neonazi-Tross“ in Münster und Gelsenkirchen Station. Die Reden der

¹³ Vgl. mobim-Analysen 4/2010.

¹⁴ Vgl. mobim-Analysen 06/2012

¹⁵ Vgl. Westfälische Nachrichten online vom 27.08.2013, abgerufen am 28.08.2013.

¹⁶ Zu den Hintergründen der „Deutschlandfahrt“ vgl. Andrea Röpke: *NPD-Tour im Westen*, in: Blick nach rechts online vom 01.08.2013, abgerufen am 10.10.2013.; Alexander Boberg: *Wahlkampfauftritte der NPD in Münster und Gelsenkirchen* (13.08.2013), www.mobim.info

NPD-Funktionäre auf dem Münsteraner Schlossplatz gingen am 15. August jedoch in den lautstarken Protesten von rund 1.500 GegendemonstrantInnen unter.¹⁷ Die NPD-Kundgebung am 17. August auf dem Bahnhofsvorplatz in Gelsenkirchen blieb hingegen von der Öffentlichkeit weitgehend unbeachtet. Auch die örtlichen Medien berichteten nicht über den Wahlkampfauftritt. Trotz dieser desaströs verlaufenden Kundgebungen zeigte sich der NPD-Landesvorsitzende **Claus Cremer** zufrieden mit der „Deutschlandfahrt“, da sie ihr Ziel „viel Aufsehen mit einem überschaubaren Einsatz [...] voll erreicht“ habe. Allerdings lamentierte Cremer über das Verhalten der „Staatsmacht in Münster, die vor „linkskriminellen Politchaoten eingeknickt“ sei.¹⁸

c) Die Wahlergebnisse der NPD im Regierungsbezirk

In den Wahlkreisen des nördlichen Ruhrgebiets lag die NPD jeweils knapp über ihrem Landesergebnis von 1 Prozent. Ihren höchsten Wert erzielte die Partei im Wahlkreis Gelsenkirchen mit 2,2 % (2.562 Stimmen). Im Vergleich zur Bundestagswahl 2009 konnte die NPD ihr Ergebnis hier um 0,5 % verbessern. Wahlkreiskandidat **Dennis Blömer** kam sogar auf 2,4 % der Erststimmen (2.833 Stimmen). In Gelsenkirchen kamen die extrem rechten Parteien NPD, *pro Deutschland* (0,6 %) und *Die Republikaner* (0,4 %) somit auf bemerkenswerte 3,4 Prozent. Aber auch in den Wahlkreisen Recklinghausen II (1,3 %; 2009: 1,1 %) sowie Bottrop-Recklinghausen (1,5 %; 2009: 1,2 %) erzielten die „Nationaldemokraten“ geringe Zugewinne und lagen dort knapp über dem Landesdurchschnitt. In den Wahlkreisen des Münsterlandes blieb die Partei hingegen deutlich unter der Marke von 1 %. Ihr schwächstes Ergebnis im Regierungsbezirk fuhr die NPD wie schon bei der Landtagswahl in Münster ein. Mit einem Anteil von 0,3 % (490 Stimmen) fiel die Partei noch hinter ihr desaströses Ergebnis der Bundestagswahl 2009 (0,4 %) zurück.

Insgesamt stagnierte die NPD bei der Bundestagswahl 2013 im Regierungsbezirk Münster also auf äußerst niedrigem Niveau. Die Handlungsfähigkeit der Partei ist nach wie vor gering. Von den durch das Ministerium für Inneres und Kommunales im August 2012 verhängten Kameradschaftsverboten gegen die *Kameradschaft Aachener Land*, die *Kameradschaft Hamm* und den

Nationalen Widerstand Dortmund konnte die NPD in personeller Hinsicht nicht profitieren. Vielmehr schlossen sich zahlreiche AnhängerInnen der verbotenen Gruppierungen der neu gegründeten Partei *Die Rechte* an. Die dünne Personaldecke und die daraus resultierende organisatorische Schwäche in den meisten Regionen Nordrhein-Westfalens und des Regierungsbezirks Münster bildet somit weiterhin das zentrale Problem der NPD.

Die Wahlergebnisse im nördlichen Ruhrgebiet, vor allem im Wahlkreis Gelsenkirchen zeigen jedoch, dass die Partei, trotz ihrer erodierenden Strukturen und minimaler Wahlkampfaktivitäten offenkundig in der Lage ist, im Gegensatz zu *pro Deutschland* und den *Republikanern* ein wenn auch äußerst geringes Kernspektrum an WählerInnen zu mobilisieren.

III. Pro Deutschland im Regierungsbezirk Münster

a) Ausgangslage

Die selbsternannte Bürgerbewegung *pro Deutschland* ist bisher in NRW kaum in Erscheinung getreten. Die von **Manfred Rouhs**, langjährigem Fraktionsmitglied von *pro Köln* im Rat der Stadt Köln, seit 2005 als Bundesvorsitzendem geführte Partei, gründete 2010 ihren ersten und einzigen Landesverband in Berlin. Hier kam es 2011 zum ersten Wahlantritt bei der Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus. Unter dem Landesvorsitzenden und ehemaligen DVU-Mitglied **Lars Seidensticker** führte *pro Deutschland* einen provokativen Wahlkampf, scheiterte aber mit den erreichten 1,2 Prozent deutlich an der Fünf-Prozent-Hürde.

Pro Köln, *pro NRW* und *pro Deutschland* sind zwar seit 2010 im gemeinsamen Dachverband *Die Pro Bewegung e.V.* organisiert sowie personell und strukturell eng verknüpft, allerdings formell unabhängig voneinander agierende Parteien beziehungsweise Vereine. Auf Unterstützung von *pro NRW* konnten **Rouhs** und der aktuell als Generalsekretär fungierende **Seidensticker** beim Wahlkampf ihrer Partei in NRW nicht rechnen. Die Parteifreunde waren zum einen mit den Vorbereitungen auf die anstehenden Europa- und Kommunalwahlen beschäftigt, zum anderen scheint es durchaus auch innerhalb der *Pro-Bewegung* Differenzen über den Sinn eines Antritts auf Bundesebene zu geben. **Tony-Xaver Fiedler**, *pro NRW*-Jugendbeauftragter machte Anfang 2013 in einem Interview klar: „Mir sind 200 kommunale Mandate wichtiger als 0,5 % oder 1 % auf Bundesebene“. Zudem komme die Bundes-

¹⁷ Vgl. Westfälische Nachrichten vom 15.08.2013.

¹⁸ NPD NRW online vom 16.08.2013, abgerufen am 10.10.2013.

tagswahl „viel zu früh“ und werde für die „freiheitlichen Parteien im Fiasko enden“.¹⁹ Auch **Markus Beisicht**, Vorsitzender von *pro Köln* und *pro NRW*, hält es für „bedauerlich“, dass „Pro Deutschland mit dem ausgetretenen ehemaligen PRO-NRW-Funktionär Manfred Rouhs an der Spitze vorschnell an der Bundestagswahl teilgenommen hat“ und geht davon aus, dass die „verantwortlichen Personen“ dieser „Splitterparteien“ in einem zukünftigen „freiheitlichen Sammlungsprojekt unter der Federführung“ von *pro NRW* mitmachen werden. Für **Beisicht** kommt der Antritt zu Wahlen nur dann in Frage, wenn es eine Verankerung vor Ort gebe.²⁰

Bei ihrem Wahlantritt rechnete *pro Deutschland* offenbar aber auch weniger damit, tatsächlich in den Bundestag einzuziehen. Auf ihrer Homepage stellt **Rouhs** in einem Eintrag zum Hintergrund des Wahlantritts fest, dass keiner Wahl in Deutschland eine solche Aufmerksamkeit wie der Bundestagswahl zukomme. Von „bundesweit zu guten Sendezeiten ausgestrahlten Werbespots [...] bis hin zu den immensen Zuwendungen aus der staatlichen Teilfinanzierung“ gebe auch eine minimaler Erfolg „Rückenwind“ für die weitere Entwicklung. Offenbar steht der Wahlantritt also vor allem im Zeichen des weiteren Aufbaus der Partei mit den erhofften staatlichen Zuwendungen ab einem Ergebnis von 0,5 Prozent.

Die fehlende Personaldecke in den Bundesländern wurde durch die Wahl von vor allem Berliner Parteimitgliedern auf die Listenplätze in den Bundesländern kompensiert. In NRW traten **Robertine Flink** (Köln) und **Rouhs** selbst an, der sich ebenso als Direktkandidat in einem Berliner Wahlkreis aufstellen ließ. DirektkandidatInnen wurden entgegen früherer Ankündigungen nicht aufgestellt.²¹

b) Der Bundestagswahlkampf

Entsprechend erschöpfte sich die Wahlkampfstrategie in einer umfangreich angekündigten und durch **Seidensticker** organisierten und begleiteten „Tour“ durch ganz Deutschland. Ziel vor Ort waren in der Regel Treffpunkte der linksalternativen Szene und Moscheen.

An diesen „dunklen Orten des Landes“ sollte auf die Bedrohung des Landes durch „radikale Islamisten und ihre einheimischen Helfer“²² aufmerksam gemacht werden. *Pro Deutschland* verknüpfte so ihre islamfeindlichen und rassistischen Forderungen mit dem Ruf nach „Law and Order“. In NRW standen Besuche in Paderborn, Bielefeld, Münster, Hamm, Dortmund, Bochum, Gelsenkirchen, Essen, Duisburg, Krefeld, Mönchengladbach, Düsseldorf, Wuppertal, Leverkusen, Köln, Aachen und Bonn auf dem Programm, die an vielen Orten von unterschiedlichen Protestaktionen und Demonstrationen begleitet wurden.

Vor allem in Duisburg versuchte *pro Deutschland* die Auseinandersetzung um die Unterbringung von MigrantInnen aus Bulgarien und Rumänien zu instrumentalisieren und mit antiziganistischer Stimmungsmache zu punkten. Mehrere hundert GegendemonstrantInnen machten es den 20 VertreterInnen von *pro Deutschland* allerdings unmöglich, ihre Parolen zu verbreiten. Im Regierungsbezirk Münster nutzte *pro Deutschland* zwei Städte für ihre islamfeindliche Propagandatour:

In Münster machte die teils absurd anmutende Reisegruppe um Seidensticker zunächst am Morgen Halt vor der Arrahman Moschee im Norden der Stadt. Hier wurde sie bereits von über 300 GegendemonstrantInnen, die vom Bündnis „Keinen Meter den Nazis“ nach Rücksprache mit der betroffenen Moscheegemeinde mobilisiert worden waren, sowie einigen Gemeindemitgliedern erwartet. Mit lauten „Haut ab!“-Rufen und einem Pfeifkonzert wurden die Reden übertönt, in denen neben **Seidensticker** auch **Oliver Wesemann**, der sich selbst als „Mitglied der Pro-Bewegung und der Piraten-Partei“ beschreibt, sowie **Stephanie Trabant** (Bundestagskandidatin in Sachsen) das Wort ergriffen. Letztere zeigte sich, dem immer gleichen Ablauf der Kundgebungen der Tour folgend, verkleidet mit einem Ganzkörperschleier – der Sinn dieser offenbar provokativ gemeinten Aktion blieb außerhalb des *pro Deutschland*-Zirkels allerdings verborgen. **Seidensticker** rief, auch dies fester Bestandteil der Kundgebungstour, umrahmt von Kunstnebel und den Klängen von Westernmusik in Richtung der Moschee „Moslembrüder! Das Spiel ist aus! Verlassen Sie Ihre Häuser, verlassen Sie die Moschee! Und verlassen Sie endlich dieses Land!“ Auch beim zweiten Halt vor den linksalternativen Zentren „krachtz“ und „DonQuijote“ warteten über 300 DemonstrantInnen auf die kleine Gruppe,

¹⁹ Interview mit dem Blog „freiheitlich“ vom 11.01.2013, abgerufen am 10.10.2013.

²⁰ Pro NRW online 09.2013, abgerufen am 10.10.2013.

²¹ Vgl. Webseite des Bundeswahlleiters: Wahlbewerber Nordrhein-Westfalen, online unter http://www.bundeswahlleiter.de/de/bundestagswahlen/BTW_BUND_13/wahlbewerber/land/liste_5.html#GRUPPE41, abgerufen am 10.10.2013.

²² Pro Deutschland online, abgerufen am 14.10.2013

die aufgrund einer friedlichen Blockade eingekeilt von Mannschaftswagen der Polizei kaum sichtbar ihre Kundgebung abhalten musste.

In Gelsenkirchen wollte *pro Deutschland* vor einer Moschee im Stadtteil Schalke Präsenz zeigen, sah sich aber auch hier einer Überzahl von GegendemonstrantInnen gegenüber. Circa 80 Personen, vor allem aus dem gewerkschaftlichen und Parteienspektrum, piffen und brüllten gegen die Parolen von **Seidenstickers** Reisegruppe an, die auch hier wieder einen teils durch unfreiwillige Komik und groteske Inszenierung geprägten Auftritt ablieferten.

Aufgrund der mangelnden Personaldecke und der fehlenden Unterstützung der nordrhein-westfälischen pro-Gliederungen musste die Partei offenbar auf Plakatwerbung, Flugblätter und ähnliches weitgehend verzichten. Ziel der Kundgebungstour war es daher, mit möglichst wenig Aufwand eine große Aufmerksamkeit zu erzeugen

c) Die Wahlergebnisse von *pro Deutschland* im Regierungsbezirk

In den meisten Wahlkreisen des Münsterlandes (Steinfurt I – Borken I, Borken II, Steinfurt III, Münster und Warendorf) blieb *pro Deutschland* unter dem Bundes- und Landesschnitt von 0,2 %, nur im Wahlkreis Coesfeld – Steinfurt II konnte die Partei ebenfalls 0,2 % erreichen. Beachtenswerte Ausreißer sind auf Ebene der Kommunen nicht zu beobachten. Selbst in den „Hochburgen“ von *pro NRW*, die bei der Landtagswahl 2012 in einigen Stimmbezirken auf bis zu 3 % kamen, konnte *pro Deutschland* offenbar nicht punkten.

Demnach fiel auch im nördlichen Ruhrgebiet (Bottrop, Gelsenkirchen, Kreis Recklinghausen)- in der mobim-analyse 06-2012 noch als „stabile Hochburg für *pro NRW*“ bezeichnet- die Wahlkampfstrategie von *pro Deutschland* augenscheinlich nicht auf fruchtbaren Boden. Zwar liegen die Ergebnisse teilweise deutlich über dem Durchschnitt, doch weder in Gelsenkirchen (stadtwert 0,6 %) noch in Bottrop oder im Kreis Recklinghausen (Recklinghausen I und II: 0,3 %, Recklinghausen III – Bottrop: 0,4 %) konnte *pro Deutschland* auch nur annähernd an die Ergebnisse von *pro NRW* bei der Landtagswahl heranreichen. Diese lagen 2012 in Bottrop bei 2,7 %, im Kreis Recklinghausen bei circa 2 % und in Gelsenkirchen bei über 4 %.

Aus diesen Ergebnissen lassen sich nur schwerlich Prognosen für die anstehenden Europa- und Kommunal-

wahlen in 2014 ableiten, bei denen wiederum *pro NRW* antreten wird. Die Strategie von *pro NRW*, regionale und lokale Verankerungen voranzutreiben und vor Ort emotional diskutierte Themen, wie etwa die Debatten um Moscheeneubauten, zu instrumentalisieren, scheint hier aber tatsächlich gewinnbringender als die nicht rückgebundene Provokation von *pro Deutschland*.

IV. „Die Rechte“ im Regierungsbezirk Münster

a) Ausgangslage

Am 23. August 2013 wurden durch das Ministerium für Inneres und Kommunales die *Kameradschaft Aachener Land*, die *Kameradschaft Hamm* und der *Nationale Widerstand Dortmund* verboten. Die drei Gruppierungen bildeten zweifellos wichtige organisatorische Kerne des militanten Neonazismus in Nordrhein-Westfalen. In den umfangreichen Verbotsverfügungen attestierte das Innenministerium den Kameradschaften eine „Wesensverwandtschaft mit dem Nationalsozialismus“, die sich somit gegen die „verfassungsmäßige Ordnung“ der Bundesrepublik richten würde.²³ Bei zahlreichen Hausdurchsuchungen (darunter auch Wohnungen in Münster und Ahlen) im Zusammenhang mit den Verbotsverfügungen wurden Propagandamaterial, rund 1.000 Wahlplakate der *NPD*, aber auch zahlreiche Waffen wie Messer, Schlagringe, Baseballschläger und sogar Schusswaffen sichergestellt.²⁴ Die vom *Nationalen Widerstand Dortmund* als „Nationales Zentrum“ genutzten Räume in einem Gebäude an der Rheinischen Straße in Dortmund wurden geschlossen.

Die organisatorischen Strukturen und die Aktivitäten der betroffenen Neonaziszenen konnten durch die Verbote jedoch allenfalls kurzfristig eingeschränkt werden. Bereits am 15. September 2012 konstituierte sich der Landesverband Nordrhein-Westfalen der Partei *Die Rechte*, die bereits im Juni 2012 unter der Federführung des in Parchim (Mecklenburg-Vorpommern) ansässigen Neonazis **Christian Worch** gegründet worden war. Schon zu diesem Zeitpunkt zeichnete sich die Funktion des nordrhein-westfälischen Landesverbandes als Auffang- und Nachfolgeorganisation für die AktivistInnen der verbotenen Kameradschaften ab. Als

²³ Vgl. Ministerium für Inneres und Kommunales des Landes Nordrhein-Westfalen: Verbotsverfügung gegen die Vereinigung „Nationaler Widerstand Dortmund“ (10.08.2012), S. 21.

²⁴ Vgl. Landtag Nordrhein-Westfalen: Drucksache 16/1052 (05.10.2012)

Landesvorsitzender der Partei firmiert **Dennis Giemsch** – bis zum 23. August 2012 führender Kopf des *Nationalen Widerstand Dortmund*. Als sein Stellvertreter amtiert **Michael Brück**, ebenfalls Angehöriger des harten Kerns der Dortmunder Neonaziszene. Im Vorstand des Landesverbandes findet sich zudem **Sascha Krolzig**, vormals Anführer der *Kameradschaft Hamm*. Nicht zufällig entstanden ausgerechnet in jenen Region, in denen die verbotenen Kameradschaften verankert waren, Kreisverbände der Partei *Die Rechte* – zunächst in Dortmund (wo der seit den frühen 1980er Jahren aktive **Siegfried Borchardt** als Kreisvorsitzender firmiert) und Hamm, später auch Aachen und Heinsberg, den organisatorischen Schwerpunkten der *Kameradschaft Aachener Land*. Zudem konstituierten sich seither Kreisverbände in Mülheim/Essen, im Rhein-Erft-Kreis, in Düsseldorf/Mettmann/Solingen, in Soest und in Wuppertal. Im Regierungsbezirk Münster formierte sich ein Bezirksverband Münsterland, dessen Angehörige sich vor allem aus Angehörigen der vormaligen *Nationalen Sozialisten Münster* und der *Autonomen Nationalisten Ahlen* rekrutieren.

Die (Neu)organisation als Partei *Die Rechte* folgt dabei vor allem strategischen Überlegungen. Zum einen geht es darum eine legale Nachfolgestruktur für die verbotenen Gruppierungen zu schaffen, um die bisherigen Aktivitäten weitgehend ungebrochen fortführen zu können. Zum anderen soll der reklamierte Parteienstatus künftige staatliche Repressionsmaßnahmen und Organisationsverbote erschweren. Eine ernsthafte Ausrichtung als Wahlpartei wird hingegen nicht erwogen. Die Teilnahme an der Bundestagswahl mit einer Landesliste in Nordrhein-Westfalen sowie die Ankündigung zu den Kommunalwahlen und der Europawahl im Jahr 2014 anzutreten, dienen nur dem Zweck, den Vorgaben des Parteiengesetzes zu entsprechen.

In ihrem Parteiprogramm bekennt sich *Die Rechte* zwar formal zum Grundgesetz und zur „freiheitlich demokratischen Grundordnung“, in den tatsächlich nach außen getragenen Inhalten spiegeln sich jedoch unverhohlen die völkisch-rassistischen und demokratiefeindlichen Positionen ihrer neonazistischen AktivistInnen. Schwerpunkte der Agitation bilden vor allem Hetzparolen gegen Flüchtlinge sowie massive antimuslimische und antiziganistische Polemiken. Auch mit ihren Aktionsformen knüpft die Partei unmittelbar an das Auftreten der (verbotenen) Kameradschaftsszene an. Demnach trat *Die Rechte* in den vergangenen Monaten vor

allem mit Kundgebungen und bisweilen martialisch inszenierten Aufmärschen in Erscheinung.

Die sich über den reklamierten Parteienstatus bietenden Handlungsspielräume werden aber auch zu anderen Anlässen für provokative Aktionen genutzt. Zur Sitzung des Bundewahlausschusses im Berliner Reichstag Anfang Juli 2013, bei der über die Zulassung der Partei *Die Rechte* zur Bundestagswahl entschieden wurde, erschienen **Sascha Krolzig** und zwei weitere Parteimitglieder in roten T-Shirts mit der Aufschrift „Freiheit für Erich Priebke“. Der frühere SS-Hauptsturmführer war im März 1944 maßgeblich an der Erschießung von 335 italienischen ZivilistInnen in der Nähe von Rom beteiligt. 1998 wurde **Erich Priebke** in Italien zu einer lebenslangen Haftstrafe verurteilt, die er auf Grund seines hohen Alters im Hausarrest bis zu seinem Tod am 11. Oktober 2013 in Rom absaß.

b) Der Bundestagswahlkampf

Von einem Bundestagswahlkampf der Partei *Die Rechte* im engeren Sinne kann nicht gesprochen werden. Vielmehr deklarierte *Die Rechte* ihren permanenten Aktionismus als Teil ihrer angeblichen Wahlkampfstrategie. Sie konzentrierte sich dabei im Wesentlichen auf die Durchführung von drei bundesweit beworbenen Demonstrationen. Am 20. Juli 2013 zogen rund 150 Neonazis unter dem Motto „Konsequent für deutsche Interessen! – Volkssouveränität statt Globalismus“ durch die südliche Innenstadt von Hamm.²⁵

Für den 31. August 2013 mobilisierte *Die Rechte* nach Dortmund. Mit der Wahl des Datums versuchten die VeranstalterInnen den im extrem rechten Demonstrationskalender seit 2005 fest verankerten „Nationalen Antikriegstag“, zu dem bis 2012 der *Nationale Widerstand Dortmund* aufgerufen hatte, unter einem anderen Label fortzuführen. Der Aufmarsch, an dem ca. 400 AktivistInnen teilnahmen, stand unter dem Motto: „Gegen Organisationsverbote – Für Meinungsfreiheit!“ Am Ende kam es aus der Demonstration heraus zu gewalttätigen Angriffen auf Polizei und GegendemonstrantInnen.²⁶

Zum Höhepunkt des vermeintlichen Bundestagswahlkampfes wurde schließlich ein für den 21. September 2013 angekündigter Aufmarsch in Wuppertal („Gegen

²⁵ „Die Partei marschiert“, in nrw rechtsaußen online vom 22.07.2013, abgerufen am 10.10.2013

²⁶ Vgl. Tomas Sager: Martialischer Feldzug, in: Blick nach Rechts online vom 02.09.2013, abgerufen am 10.10.2013.

linken Terror und antideutsche Zustände“) erklärt, an dem jedoch lediglich 170 Neonazis teilnahmen. Im Vorfeld war die Demonstration in einem kurzzeitig verbreiteten „Mobilisierungs“-Clip des extrem rechten Rappers **Makks Damage** (bürgerlicher Name: **Julian Fritsch**) zur „Schlacht um Wuppertal“ stilisiert worden. Während des Aufmarsches wurde von TeilnehmerInnen das strafrechtlich relevante HJ-Lied „Ein junges Volk steht auf“ ebenso angestimmt wie die Parole „Nationalsozialismus – jetzt, jetzt, jetzt.“ Der Kölner Neonazi **Paul Breuer**, der sich zur Zeit vor dem Landgericht Koblenz wegen „Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung“ (dem Aktionsbüro Mittelrhein) verantworten muss, forderte in einem Redebeitrag die Wiedererrichtung eines „freien, sozialistischen und nationalistischen Deutschen Reichs“²⁷

Im Regierungsbezirk Münster trat die Partei *Die Rechte* während des Bundestagswahlkampfes nicht in Erscheinung. Der Bezirksverband Münsterland entwickelte keinerlei Aktivitäten. Selbst dessen Website wurde seit März 2013 nicht mehr aktualisiert. Mutmaßliche Mitglieder des Bezirksverbandes nahmen indessen im Verlauf des Jahres an einer Reihe von Aufmärschen in NRW, aber auch in anderen Bundesländern teil.

c) Die Wahlergebnisse der Partei „Die Rechte“ im Regierungsbezirk

Wie in allen anderen Regionen Nordrhein-Westfalens lagen die Wahlergebnisse der Partei „Die Rechte“ im Regierungsbezirk Münster in einem kaum mehr messbaren Bereich bei 0 %. In den meisten Wahlkreisen erreichte die Partei nicht einmal 50 Stimmen. Konnte die *NPD* in personeller Hinsicht nicht von den Kameradschaftsverböten profitieren und sich als Auffangorganisation profilieren, gab es umgekehrt offenkundig keine Abwanderung von traditionellen *NPD*-WählerInnen zur Partei *Die Rechte*.

Ob sich *Die Rechte* anlässlich der Kommunal- und Europawahl im kommenden Jahr anders präsentieren wird, dürfte wesentlich von deren regionaler Verankerung abhängen. Die Aktivitäten werden sich vermutlich auf ihre „Hochburgen“ etwa in Dortmund und Hamm beschränken. Schon jetzt wirbt die Dortmunder *Rechte* für ihren ‚Spitzenkandidaten‘ **Siegfried Borchardt** mit dem Slogan „Von der Südtribüne in den Stadtrat“ und versucht auf diese Weise dessen zweifelhaften Nimbus

als Mitbegründer der in den frühen 1980er Jahren entstandenen extrem rechten Hooligan-Gruppe *Borussenfront* nutzbar zu machen. Schon vor einem Jahr kündigte die Partei an, als „Fundamentalopposition“ für „nationale Positionen“ werben und „langfristige Volksaufklärung“ betreiben zu wollen.²⁸ Freilich ist evident, dass die *Rechte* darunter aggressive, rassistische und demokratiefeindliche Propaganda versteht.

Ob das für einen Einzug in einzelne Kommunalparlamente reichen wird, erscheint indessen trotz fehlender Fünf-Prozent-Hürde bei Kommunalwahlen und weit verbreiteten rassistischen und ausgrenzenden Ressentiments in der „Mitte der Gesellschaft“ fragwürdig. Für *Die Rechte* dient die Beteiligung an den Kommunal- und Europawahlen im kommenden Jahr vor allem dazu, ihren neonazistischen Aktivitäten einen legalen Rahmen zu geben und ihre Strukturen weiter abzusichern, um auf diese Weise die eigene Handlungsfähigkeit – trotz der Verbote vom August 2012 – zu gewährleisten und auszubauen.

²⁷ Zitiert nach: Tomas Sager: Pleiten für „Die Rechte“, in: Blick nach Rechts online vom 23.09.2013, abgerufen am 11.10.2013.

²⁸ Vgl. Dortmund Echo online vom 20.11.2012, abgerufen am 11.10.2013.

IV. Tabellarische Übersicht der Wahlergebnisse von pro NRW und NPD im Regierungsbezirk Münster

Wahlkreis	Städte	NPD		Pro Deutschl.		Die Rechte		Republikaner	
		2013	2009	2013	2009	2013	2009	2013	2009
121: Recklinghausen I	Castrop-Rauxel, Recklinghausen, Waltrop								
122: Recklinghausen II	Datteln, Haltern am See, Herten, Marl, Oer-Erkenschwick								
123: Gelsenkirchen	Gesamtes Stadtgebiet GE								
124: Steinfurt I – Borken I	Ahaus, Gronau (Westf.), Heek, Legden, Schöppingen, Horstmar, Metelen, Neuenkirchen, Ochtrup, Rheine, Steinfurt, Wettringen								
125: Bottrop – Recklinghausen III	Bottrop, Dorsten, Gladbeck								
126: Borken II	Bocholt, Borken, Gescher, Heiden, Isselburg, Raesfeld, Reken, Rhede, Stadtlohn, Südlohn, Velen, Vreden								
127: Coesfeld – Steinfurt II	Gesamter Kreis COE, Altenberge, Laer, Nordwalde								
128: Steinfurt III	Emsdetten, Greven, Hörstel, Hopsten, Ibbenbüren, Ladbergen, Lengerich, Lienen, Lotte, Mettingen, Recke, Saerbeck, Tecklenburg, Westerkappeln								
129: Münster	Gesamtes Stadtgebiet MS								
130: Warendorf	Gesamter Kreis WAF								

Zu „mobim“ und der Reihe „mobim-analysen“

In den mobim-analysen sollen ausgewählte Themen, Begrifflichkeiten und Fragen des modernen Rechtsextremismus, die sich aus der Beratungsarbeit von mobim ergeben, genauer dargestellt und analysiert werden. Die Reihe soll vor allem verständliche, kompakte und durch Handlungsempfehlungen erweiterte Informationen für Funktionsträger und Akteure vor Ort zur Verfügung stellen.

Die „Mobile Beratung im Regierungsbezirk Münster. Gegen Rechtsextremismus, für Demokratie“ (mobim) ist ein regionales Beratungsangebot in NRW mit dem Anliegen, eine breite Auseinandersetzung mit den verschiedenen Formen des Rechtsextremismus in unserer Region und darüber hinaus zu befördern. Vordringlichstes Ziel ist es, rechtsextremen Tendenzen durch eine Stärkung gesellschaftlicher Handlungsfähigkeit und Beratung lokaler Akteure entgegenzutreten und langfristig und nachhaltig demokratische Strukturen und zivilgesellschaftliches Engagement zu stärken.

Neben der gezielten und passgenauen Beratung lokaler und regionaler Akteure wendet sich Mobile Beratung gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, Diskriminierung und Ausgrenzungen jedweder Art und solidarisiert sich mit den (möglichen) Opfern rechtsextremer bzw. rassistischer Gewalt.

Um eine gesellschaftliche Sensibilisierung und eine Thematisierung der Zusammenhänge im Themenfeld Rechtsextremismus voranzutreiben, dokumentiert und analysiert mobim rechtsextreme Strukturen, Vorfälle und Themen (vor allem) in der Region und betreibt eine aktive Öffentlichkeits- und Vernetzungsarbeit, um nachhaltige Änderungen und Entwicklungen im Gemeinwesen zu ermöglichen.

mobim ist dabei eingebunden in das NRW-weite Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremismus und wird gefördert durch das Bundesprogramm „Toleranz fördern – Kompetenz stärken“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Träger von mobim ist der Geschichtsort Villa ten Hompel der Stadt Münster.

Autoren/Redaktion: Heiko Klare, Michael Sturm

Redaktionelle Mitarbeit: Elias Grondmann, Lea Weischer

Redaktionsschluss: 12.10.2013

Kontakt

mobim

Mobile Beratung im Regierungsbezirk Münster.

Gegen Rechtsextremismus, für Demokratie.

Im Geschichtsort Villa ten Hompel der Stadt Münster

Kaiser-Wilhelm-Ring 28

48145 Münster

www.mobim.info

kontakt@mobim.info

Telefon: 0251 – 492 7109

Fax: 0251 – 492 7918



Gefördert im Rahmen des Bundesprogramms
„TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN“.



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend



Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport
für politische Bildung
des Landes Nordrhein-Westfalen

